

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 91 (2020)
Heft: 4: Essen : die Lust an einer ausgewogenen Ernährung fördern

Rubrik: Kurznachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Trotz Corona-Krise gleichwertige Abschlüsse ermöglichen

Negative Auswirkungen auf Berufsabschlüsse müssen vermieden werden: Verbundpartner müssen deshalb eng zusammenarbeiten.

Von Monika Weder

Berufsbildung erfolgt im Verbund, so steht es im Berufsbildungsgesetz. Diese Verbundpartnerschaft ist schon in normalen Zeiten eine Herausforderung, sind doch die Interessenlagen der verschiedenen Partner recht unterschiedlich. Mit der Initiative Berufsbildung 2030 wurde deshalb ein Prozess in die Wege geleitet, der die Partnerschaft stärken, die geeigneten Gremien einrichten sowie die Aufgaben und Einfluss richtig verteilen soll. Die aktuelle Krise fordert jedoch ein blitzschnelles Zusammenraufen aller Akteure. In dieser aussergewöhnlichen Situation erweist es sich allerdings als zusätzliche Herausforderung, dass in der Berufsbildung sowohl die Ausbildung als auch das Prüfen im schulischen Kontext und im Betrieb eng verzahnt und ergänzend stattfinden. Und dass jede Branche für sie angepasste Umsetzungen treffen kann.

Die aktuelle Situation der Betriebe unterscheidet sich sehr stark: Viele Betriebe im Sozial- und Gesundheitswesen sind sehr belastet. Andere Betriebe, die gleiche Berufsausbildungen anbieten, sind geschlossen. Demzufolge sind die Ressourcen für die Ausbildung auch sehr unterschiedlich. Jenen Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Grundbildung, die diesen Sommer ihren Abschluss machen, sollen in ihrer Berufslaufbahn trotz allem nicht nachhaltige Nachteile durch das Corona-Virus erwachsen. Es darf nicht sein,

dass zum Beispiel ein Abschluss im 2020 weniger zählt.

Die Zusammenarbeit aller Verbundpartner muss deshalb intensiviert werden, und es müssen schnell tragfähige nationale Lösungen gefunden werden. Auf Alleingänge und nicht durchdachte Lösungen von Einzelnen muss unbedingt verzichtet werden.

Die Grundbildungen sollten abgeschlossen werden können – oberstes Ziel muss sein, allen Lernenden trotz schwierigen Rahmenbedingungen einen gleichwertigen Abschluss ohne Nachteile zu ermöglichen.

Die Lösungen werden nicht hundert Prozent perfekt sein. Ich hoffe jedoch, dass das Optimum, das in der aktuellen Situation realisierbar ist, erkannt und umgesetzt werden kann. In diesem Sinne wünsche ich allen zunächst gute Gesundheit, viel Energie, erfolgreiche Arbeit und wo immer möglich eine gute Ausbildung.



Monika Weder
leitet den
Geschäftsbereich
Bildung bei
Curaviva Schweiz

Alter

Stärkung der Palliative Care

Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern (GSI) baut das Angebot im Bereich der Palliative Care aus. Zur Förderung von sogenannten spezialisierten mobilen Palliativdiensten (MPD) führt die GSI einen dreijährigen Modellversuch durch. Ein MPD sei ein interprofessionelles, mobiles Team, das sich aus ärztlichen und pflegerischen Fachexpertinnen und -experten zusammensetzt und mit Fachkräften aus dem psychosozialen Bereich zusammenarbeitet. Das Team sei hauptsächlich in der zweiten Interventionslinie tätig, d.h., es berät und unterstützt die Grundversorgerinnen und -versorger (unter anderem Hausärztinnen und -ärzte, Pflegepersonal in der Pflege zu Hause und in Alters- und Pflegeheimen) bei der Betreuung von schwerkranken Patientinnen und Patienten in der letzten Lebensphase. Ein MPD ermöglicht ein Verbleiben der Patientin / des Patienten zu Hause beziehungsweise in der Langzeitinstitution und hilft, Überweisungen in ein Akutspital zu vermeiden. Mit der Durchführung des Modellversuchs werden die Grundlagen für den Entscheid bezüglich einer allfälligen flächendeckenden Einführung von MPDs im Kanton geschaffen. Der konkrete Bedarf und Nutzen von MPDs werde ermittelt.

Sterbehilfe im Wallis

Das Walliser Kantonsparlament hat entschieden, den Artikel 18a aus dem neuen Gesundheitsgesetz zu streichen. Dieser Artikel hätte verlangt, dass Walliser Gesundheitsinstitutionen in ihren Räumlichkeiten Sterbehilfe zulassen müssen. Das ging vielen

>>

Volksvertretern zu weit: 69 entschieden sich dafür, den umstrittenen Absatz aus dem Gesetz zu streichen. 57 votierten dagegen. Allerdings ist das Thema Sterbehilfe noch nicht definitiv vom Tisch: Die CSP Oberwallis hat zusammen mit der welschen CVP-Fraktion beantragt, die Sterbehilfe und die Palliativpflege in einem separaten Gesetz zu regeln. Eine entsprechende Motion soll nächstens behandelt werden. Das Kantonsparlament musste die Frage klären, ob Sterbehilfe in Heimen künftig überall möglich sein soll. Rund die Hälfte der Walliser Heime schliesst die Sterbehilfe aus. Viele möchten, dass dies so bleibt. Das wünscht sich auch die römisch-katholische Kirche. Der Bischof von Sitten etwa sagte, Sterbehilfe habe aus seiner Sicht keinen Platz in den öffentlichen Gesundheitsinstitutionen im Kanton Wallis.

Kinder & Jugendliche

Körperliche und psychische Demütigung

Eine unabhängige externe Untersuchungskommission hat die Vergangenheit des Kinderheims St. Benedikt Hermetschwil im Aargau aufgearbeitet. Im März hat sie die Ergebnisse präsentiert. Edith Lüscher, Geschäftsführerin des Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverbands und ehemalige SP-Grossräatin, Hanspeter Thür, Rechtsanwalt und Aarauer Stadtrat, sowie Historiker Bruno Meier haben mit damaligen Vorstandsmitgliedern, Verantwortlichen und Ange-

stellten gesprochen. Zudem haben sie mit fünf Personen Gespräche geführt, die zwischen 1946 und 2006 im Kinderheim wohnten, und sich auf einen Zeitungsaufkall bei der Untersuchungskommission gemeldet hatten. Alle fünf hätten Vorfälle beschrieben, «die auf einen sehr autoritären Umgang bis hin zu körperlicher und psychischer Demütigung hinweisen», sagt Edith Lüscher. «Sie wurden geschlagen oder eingesperrt, mussten Dinge essen, die sie nicht mochten, bis sie erbrachen.» Die Erlebnisse hätten bei allen grossen seelischen Verletzungen verursacht. Bei Einzelnen seien psychische Beeinträchtigungen nach wie vor vorhanden. Gleichzeitig hält die Kommission fest, dass sich die Vorwürfe auf einzelne Erzieher und Lehrpersonen beschränkten. Ein besonderes Augenmerk legte die Untersuchungskommission auf die Vorgeschichte eines übergriffigen Pfarrers, der von 1974 bis 1992 im Vorstand des Kinderheims sass und Religionslehrer der Kinder war. Die Faktenlage und vor allem der Umgang mit dem Missbrauch seien vergleichbar mit vielen anderen Fällen und damit typisch für die damalige Zeit: «Zwar im Ansatz untersuchen, dann aber verschweigen und den Täter an einen anderen Ort versetzen.»

Menschen mit Behinderung

Rekord bei Eingliederung

Die Zahl der im Arbeitsmarkt eingegliederten Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung hat 2019 mit 22 534 einen Rekord erreicht.

Dies bedeutet im Vorjahresvergleich einen Anstieg um 6 Prozent, wie die IV-Stellen-Konferenz, der die 26 kantonalen IV-Stellen angegliedert sind, im März mitteilte. Berufliche Eingliederung heisst nicht nur die Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle, sondern in vielen Fällen der Erhalt des aktuellen Arbeitsplatzes durch Massnahmen der Früherkennung und Frühintervention. So hätten 12640 Menschen dank Unterstützung der Invalidenversicherung (IV) ihren Arbeitsplatz beibehalten. 1933 Menschen hätten im gleichen Betrieb in eine neue Arbeitsstelle wechseln können, und 7420 Menschen hätten eine neue Arbeitsstelle außerhalb ihres Unternehmens gefunden. Zusätzlich sei es 541 Menschen mit einer bestehenden IV-Rente gelungen, wieder eine Arbeit aufzunehmen oder ihre Erwerbsfähigkeit zu steigern. Die Anzahl der Eingliederungen sei im vergangenen Jahr fast zweieinhalb Mal so hoch gewesen wie noch vor zehn Jahren, schreibt die IV-Stellen-Konferenz weiter. Und die Tendenz sei steigend. Parallel zu den konstant wachsenden Eingliederungszahlen sei auch ein bedeutender Rückgang der Neurentenquote in den letzten 15 Jahren zu beobachten, stellt Florian Steinbacher, Präsident der IV-Stellen-Konferenz, gemäss der Mitteilung fest. Zwischen 2004, der vierten IVG-Revision, und 2018 seien nur durch berufliche Eingliederungen über 11 Milliarden Franken oder rund 730 Millionen Franken pro Jahr gespart worden.

Anzeige

**Kinder sind anders.
Deshalb sind wir es auch.**

**Danke, dass Sie mit Ihrer Spende
eine bestmögliche Heilung von
Kindern unterstützen.
Spendenkonto 87-51900-2**

**UNIVERSITÄTS-
KINDERSPITAL
ZÜRICH**

**Das Spital der
Eleonorenstiftung**